

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Hg.

**Anzeigenpreis:** Die 10 getippte Zeilenzeile ober dem Raum 10 Reichspennig Stellen und Wohnungsangelegenheiten, Besondere und Veranlassungsangelegenheiten 6 Reichspennig — für sonstige Geg. Anschlag. — Kleinanzeigen: Die getippte Zeilenzeile ober dem Raum im Satz 50 Reichspennig

**Organ der A.D., Bezirk Schlesien**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

**Bezugspreis:** Im Vorauszahlungsmodus 1,20 Reichspennig monatlich 12 Reichspennig vierteljährlich 3,60 Reichspennig halbjährlich 7,20 Reichspennig jährlich 14,40 Reichspennig. — Redaktion und Druckerei: Schlesische Arbeiter-Zeitung, Postfach 144, Breslau, Markt 144.

7. Jahrgang.

Mittwoch, den 24. Juni 1925

Nummer 139

## Die Sozialisten für Fortsetzung des Marokkogenekels

### Painlevés Kriegsrede — Nationalistischer Ueberfall auf den Genossen Doriot — Die Sozialisten sprechen Painleve das Vertrauen aus

(Eigener Bericht.)

Paris, 24. Juni.

In Erwartung der Marokkodebatte waren gestern Kammer wie Zuschauerraum überfüllt. Zunächst gab Ministerpräsident Painleve Bericht über die Lage in Marokko und weitere Absichten der Regierung.

Painleve erklärte, das Blut der französischen Soldaten in Marokko dürfe nicht nutzlos fließen. Bis hier hätte sich die französische Leistung korrekt auf französischem Boden gehalten. Darin liegt die Gefahr, daß der Gegner glaube, Frankreich sei schwach und müsse den Frieden verlangen. Wörtlich erklärt Painleve dann: Die Kommunisten verlangen, daß wir Marokko aufgeben sollen. Wissen Sie, was diese Aufgabe unseres Gebiets bedeuten würde? Ein Blutbad, in dem alle Franzosen in Marokko und in Alger untergehen würden. Wenn Abd el Krim dahin gebracht werden soll, daß er auf Friedensvorschläge hört, muß man ihm die Ueberzeugung beibringen, daß jede Fortsetzung des Krieges für ihn Verschlechterung bedeute. Frankreich, so betonte Painleve weiter, bedente für Marokko die Zivilisation. Abd el Krim befehle durch seine Drohungen, daß er nicht an Frieden denke. Abd el Krim sei es, der den Krieg verlängere. In der Hauptsache wandte sich Painleve dann gegen die kommunistische Propaganda gegen den Marokkorkrieg. Er drohte hartes Vorgehen der Polizei an. Die Schiffsführungen waren ein Appell an die Sozialisten ihre „vaterländischen Pflichten“ zu erfüllen.

Um den Sozialisten Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zur Regierung Painleve zu klären, wurde darauffin die Sitzung unterbrochen. Innerhalb der sozialistischen Fraktion trat die Gruppe Morell für unbedingten Bruch, Renaudel für bedingte Unterstützung, Aurio für weitere Unterstützung ein.

Rechte Gruppe behielt die Oberhand und die sozialistische Fraktion beschloß, dem Marokkorkriegsplan Painlevés das Vertrauen auszusprechen. Diese Haltung geisterte in der darauffolgenden Debatte der Genosse Doriot.

Gegenüber den schönen Phrasen Painlevés wies er auf die Erklärung Abd el Krims hin, die deutsch beweise, daß der französische Marschall Spantey der wirkliche Protagonist gewesen sei. Die Antwort auf eine Note Abd el Krims seien Bombendürfe französischer Flieger gewesen. Genosse Doriot wies darauf hin, daß der Krieg seitens des französischen Militarismus besonders rücksichtslos weitergeführt werde, friedliche Dörfer der Rifabnen werden mit Bomben belegt. Gegenüber dem erneuten Verrat der Sozialisten erinnerte Genosse Doriot an das Wort des Genossen Jaures, des großen Antimilitaristen, der erklärt habe, daß der Kapitalismus die Grundlage des Krieges sei, deshalb müsse der Kapitalismus gestürzt werden.

Die Ausführungen Doriois, gegen den belanallisch ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet werden soll, riefen in der Kammer einen ungeheuren Tumult hervor. Der nationalistische Oberst Picot lief zur Rednertribüne und griff dem Genossen Doriot an die Gurgel. Doriot antwortete mit einem Faustschlag ins Gesicht, worauf ein allgemeines Handgemenge einsetzte. Ein Beamter läutete Alarm. Das Kammergebäude wurde von Militär besetzt, die Sitzung unterbrochen und die Zuhörer hinausgedrängt.

Später sprach Genosse Doriot weiter. Er geisterte die innen- und außenpolitischen Taten der Painlevéregierung und wandte sich scharf gegen das Verbrechen der Ruhrbesetzung und des Marokkorkrieges.

## Der wahre Sinn des Garantievertrages

(Von unserm auserwählten Mitarbeiter.)

Noch bevor der Garantievertrag unterzeichnet ist, lassen die Imperialisten die Friedensmaste fallen und enthalten mit zynischer Offenheit die wahren und wirklichen Kriegsziele dieses angeblichen „Friedensinstrumentes“.

Ein Zeitartikel der „Morning-Post“ vom 10. Juni führt unter dem Titel: Der Pakt und Rußland — aus, daß die Vereinbarung zwischen Chamberlain und Briand sehr viel für den europäischen Frieden beitragen wird. Er ist der Ansicht, daß auch die Dominions den Pakt unterzeichnen werden. Er fährt dann fort:

„... Wenn der Pakt sich verwirklichen sollte, so würde er für Europa das bedeuten, was das Washingtoner Abkommen für die pazifistischen Länder bedeutete. Zum wenigsten gewährt er eine Frist, im besten Falle — eine dauernde Beruhigung. Außerdem wird er neben seinen besonderen Zielen die ganzen internationalen Ausichten sehr beeinflussen. So vollendet er, was der Dawesplan begann — das allmähliche Verschmelzen Deutschlands mit den Nationen des Westens und das Abbrechen oder das Abschwächen seiner Beziehungen zu Sowjetrußland. Wenn Deutschland den Pakt unterzeichnet, dem Völkerbund beiträgt, seine Streitpunkte mit Polen und der Tschechoslowakei einem Schiedsgericht unterwirft, dann ist es klar, daß die Männer in der Wilhelmstr. sich vom Offen abwenden und dem Westen zuwenden müssen, und sich zusammenschließen werden mit den zivilisierten Nationen Europas. Es gibt allerdings eine große und mächtige Schule in Deutschland, die noch vom dem Gedanken, entweder der Furcht vor Rußland, oder dem Wunsche seine Reichtümer auszubehalten, erfüllt ist und deshalb auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Vorrechts ein offenes politisches Bündnis baut. Aber wenn Deutschland den Pakt akzeptiert, sehen wir keinen Weg, was auch der Politik werden soll, die den Vertrag von Rapallo inspiriert hat. Auch der Anerkennung und der Handelsvereinbarungen und der Handelsabstufungen, die mal die eine, mal die andere Finanzgruppe mit Moskau macht, so sind wir doch Zeugen des allmählichen Anwachsens einer Bewegung, die am Ende die diplomatische Isolierung von Sowjetrußland bedeutet. Und wenn das geschehen sollte, so liegt das nicht an der Feindseligkeit der Großmächte gegenüber Rußland, sondern an der Unmöglichkeit, leibliche Beziehungen mit den bolschewistischen Murrpatoren aufrecht zu erhalten. Heute sind die Kommunisten nicht so sehr Kommunisten als Banditen, und sie predigen nicht so sehr ein Evangelium als daß sie den Frieden der Welt stören. Sie schneiden sich selbst vom Verkehr mit allen zivilisierten Nationen ab und selbst Deutschland fängt an zu schwanken.“

Aber was auch Deutschland tun mag oder nicht tun mag, — und jetzt ist es ein Gefahrspiel zu probieren — England kann nicht länger den Bolschewiken erlauben, die Gastfreundschaft zu mißbrauchen, die ihren Agenten gewährt wird und einen unaufhörlichen Krieg zu führen gegen englische Interessen und Ideale im Ausland. Das sogenannte Handelsabkommen ist nur ein Dedmantel für die Verbreitung einer umstürzlerischen Propaganda und sollte bei der ersten Gelegenheit aufgehoben werden. Wir appellieren an die konservativen Parlamentarierglieder, dieses Material gegen unsere Todfeinde zu gebrauchen. Es wäre nie Staatsklugheit, vor den Bolschewiken zu kriechen oder sie zu rühmen; und es würde ganz töricht sein, diesen furchtsamen Kurs einzubehalten in einer Zeit, wo die internationale Flut sich gegen sie wendet.“

Soweit die Morning-Post. „Vollendung des Dawesplanes“, „Abbrechen der Beziehungen mit Rußland“, „Zertrümmerung des Rapallovertrages“, „Isolierung Sowjetrußlands“ — das ist, was nach englischer Absicht der Garantievertrag Deutschland bringen wird. Und dazu den allgemeinen Kreuzzug gegen die „Murrpatoren“ und „Banditen“ von Moskau, Ausweisung der russischen Gesandtschaft aus England, kurz gesagt, den offenen Krieg.

Die „Morning-Post“ ist nicht ein bedeutungsloses Winkelblatt, sondern ein offizielles Organ, der imperialistischen, reaktionären, englischen Politik. Sie ist nicht nur ein Sprachrohr Baldwin's, sondern — in diesem Punkte — auch der Amerikaner. Mögen auf anderen Gebieten die englischen und amerikanischen Interessen auseinandergehen, gegen Deutschland und Rußland sind sie einig.

Man kann ja die rasende Mut der englischen Ausbeuterklasse über die Ereignisse in China, die den „Frieden der Welt“ (das heißt, was die Ausbeuter darunter verstehen) fördern, einigermaßen begreifen. Denn dort unten in Shanghai scheint die Flut sich wirklich nicht gegen die angeblichen „Banditen von Moskau“, sondern gegen die wirklichen Banditen

## Der Regierungshandel in Preußen

Das Ziel, die große Volksgemeinschaft

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Juni.

In den letzten Tagen haben Geheimverhandlungen zwischen den Vertretern der Weimarer Koalition und den Deutschnationalen über die zu erweiternde Regierung stattgefunden. In der gestrigen Sitzung der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages wurde beschlossen, daß die Umbildung der Preußenregierung mit größter Beschleunigung durchgeführt werden muß. Nach einer Meldung der Breslauer „Schlesischen Zig.“ sind bereits die verschiedenen Ministerien an die einzelnen Fraktionen der großen Volksgemeinschaft verteilt worden. Es erhalten: die Deutschnationalen 2, die Volkspartei 2, das Zentrum 2, die Sozialdemokraten 2 und die Demokraten einen Sitz in der Regierung.

Man rechnet bereits damit, daß das neue Kabinett in den nächsten Tagen gebildet wird.

Der preussische Ruhhandel, an dem sich besonders die Zentrumspartei hervorhat, als sie den Sozialdemokraten Braun als Ministerpräsidenten stütze, um als Gegenleistung ihren Reichspräsidentenkandidaten Marx nominieren zu dürfen, findet nun seinen Abschluß, wie wir ihn immer prophezeit haben. Derselbe Braun, der von den „republikanischen“ Zentrumskreisen vor einigen Wochen zum Ministerpräsidenten erhoben wurde, wird nun von derselben Zentrumspartei gestürzt, damit die Deutschnationalen nunmehr auch in Preußen ungehindert den monarchistischen Kurs einführen können. Die Sozialdemokraten, grundsätzlich zu jedem Schacher bereit, verkaufen auch jetzt wieder 8 Millionen Stimmen an ein Kabinett deutscher nationaler Führung. Sie verzichten auf die kommunistische Unterstützung, nur weil die Kommunisten die notwendigen republikanischen Forderungen gestellt hatten, denn die sozialdemokratischen „Republikaner“ befinden sich im Schlepptau der laienhaften, reaktionären Zentrumsfraktion. Die heute auch den Hindenburgkurs in Preußen einführen wollen.

Die Arbeiterschaft muß das Treiben der republikanischen Parteien in Preußen genau beobachten, um daraus zu lernen, daß die Schwarz-rot-goldenen die Schrittmacher der Schwarz-weiß-roten sind.

## Im Eiltempo für Wucherzölle

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Juni.

Heute im Reichstag 1. Lesung der Zollvorlage. Der Minister hat gestern beschlossen, bis 18. Juli die Zollvorlage samt Aufwertungs- und Steuererlasse und Reichshaushaltsplan fertig zu erledigen. Da die Zollvorlage über 900 Punkte zählt, die einzeln zu beraten sind, wird die geplante Durchsicht kaum möglich sein. Es ist zu befürchten, daß man im Parlament den Kommunisten das Reden verweigert wird. Ein Beschluß des Kabinetts in dieser Richtung liegt schon vor.

## Verammlung der Industriegewaltigen

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 24. Juni.

Heute beginnt in Köln die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Der Vorsitzende Geheimrat Blüher wird über „Die industrielle Lage“ der Reichshauptpräsident Schacht über „Währungs- und Produktionspolitik“ der Generalrat von Reimer über „Handelspolitik“ sprechen. Die bürgerliche Presse erklärt, daß die Leitung des Reichsverbandes auf die Ausgleichung der Interessengegenstände zwischen den einzelnen Gruppen der Industrie (Rohstoff- und Fertigungsindustrie) insbesondere in der Zollfrage hinarbeitet. Dem Reichsverband, dem eigentlichen Gewalthaber in der Dawes-Republik, sind 1050 Ausbeuterverbände angeschlossen. Dieser organisierten Macht der Profiträger können die Arbeiter im Klassenkampf nur dann erfolgreich entgegenreten, wenn sie ihr eine ebenso gewaltige Einheitsfront in den Gewerkschaften entgegenstellen und mit jeder Art von Arbeitsgemeinschaft endgültig Schluß machen.

## Verdoppelung der kommunistischen Mandate in Paris

Paris, 22. Juni. Gestern fanden die Stichwahlen für die Generalräte des Senats-Partements Rat. Nach den Stichwahlen beriefen sich die Stich auf die Parteien die sozialistischen und Radikal. 45. Unter den Stichwählern und gewählten Kandidaten (Radikale 11) 61. Kommunisten 14. Der frühere Generalrat bestand aus 62 Mitgliedern des Nationalen Blocks, 33 Mitglieder des Radikalen und 7 Kommunisten. Das Wahlresultat hat 12 Stich und die Kommunisten 7 Stich gewonnen.



aus England zu wenden. Aber daran sind doch schließlich die Herren Ausbeuter selbst Schuld und nicht die Volkswirtschaft. Der lebende Wutausbruch der Morning Post enthält nur, wie vor zwei Wochen die Situation des englischen Imperialismus heute ist. Und Amerika, der treue Freund, tut verächtliche alles, um England erst wieder ins chinesische Schachfeld hineinzumitteln, jedenfalls bis er ihm nicht daraus herauskommt. Die deutsche Arbeiterklasse aber hat auf Grund solcher Enthüllungen allen Anlaß, sich mit allen Mitteln gegen diesen ungeheuerlichen „Garantiepaß“ zu wenden. Dieser „Garantiepaß“ garantiert den Krieg! Wird die SPD wirklich sich mit Haut und Haaren dem reaktionären Imperialismus verschreiben? Nur weil sie von einem Haß gegen den russischen Arbeiter und Bauernstaat erfüllt ist, der noch größer und gemeiner ist als die verabschiedete Wut der englischen Ausbeuter. Heute steht der Garantiepaß in seiner kriegsdrohenden blutigen Gestalt völlig nackt da. Es wäre demütigend Verräterei von der SPD, wollte sie noch länger dieses Werkzeug der Reaktion den Arbeitern anpreisen. Und dazu schweigen, wäre ein ebensolcher Verräter, — bewußt und feig. Das französische Proletariat wendet sich empört ab von der Sozialistischen Partei Frankreichs, weil diese das imperialistische Warden in Maroff, die die englischen Gewerkschafter fallen ihren Ausbeutern drehend in den Arm und hindern sie, in China ein Gemetzel zu veranstalten. Will allein die SPD wirklich die deutschen Arbeiter bewußt an die imperialistischen Räuber als Schlachtvieh gegen Ausland verschicken? Und werden die deutschen Arbeiter schweigend und wehrlos diesen blutigen Verrat an ihnen und an der Sache des Weltproletariats hinnehmen?

## Die „gerechte“ Steuerverteilung in der Republik

Hand- und Kopfarbeiter leben nicht die anreizenden Steuern der Zahlreichen.

### Das Verhältnis zwischen Besitz und Nichtbesitz bei den sogenannten Besitzern

#### 1. Bei der Einkommensteuer

	Jahr 1924 bis 25	Jahr 1925	1925 bis 26
Gesamtaufkommen	2200 (=100%)	2350 (=100%)	1900 (=100%)
Zinsen	11	11	11
1. Lohnsteuer	1221 (=55,5%)	1281 (=54,5%)	1400 (=73,7%)
2. Vermög. Steuer	924 (=41,9%)	959 (=40,8%)	550 (=28,9%)
3. Körperschaftsteuer	101 (=4,6%)	110 (=4,7%)	50 (=2,6%)
Zusammen	2232 (=101,4%)	2361 (=100,9%)	1911 (=100,6%)

#### 2. Bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer

	Jahr 1924 bis 25	Jahr 1925	1925 bis 26
Gesamtaufkommen	2232 (=100%)	2361 (=100%)	1911 (=100%)
Zinsen	11	11	11
1. Lohnsteuer	1221 (=54,7%)	1281 (=54,3%)	1400 (=73,3%)
2. Vermög. Steuer	924 (=41,3%)	959 (=40,6%)	550 (=28,6%)
3. Körperschaftsteuer	101 (=4,5%)	110 (=4,6%)	50 (=2,6%)
Zusammen	2232 (=100%)	2361 (=100%)	1911 (=100%)

#### 3. Bei sämtlichen wirklichen Besitzern

	Jahr 1924 bis 25	Jahr 1925	1925 bis 26
Gesamtaufkommen	2232 (=100%)	2361 (=100%)	1911 (=100%)
Zinsen	11	11	11
1. Lohnsteuer	1221 (=54,7%)	1281 (=54,3%)	1400 (=73,3%)
2. Vermög. Steuer	924 (=41,3%)	959 (=40,6%)	550 (=28,6%)
3. Körperschaftsteuer	101 (=4,5%)	110 (=4,6%)	50 (=2,6%)
Zusammen	2232 (=100%)	2361 (=100%)	1911 (=100%)

Die erste Überlegung, die die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen und den Steuerabgaben von Kapitalertrag unmittelbar gegenübergestellt ist, zeigt, daß selbst ohne Berücksichtigung der Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber ganz erheblich über die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber steht. Die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber steht. Die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber steht.

Die zweite Überlegung, die die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen und den Steuerabgaben von Kapitalertrag unmittelbar gegenübergestellt ist, zeigt, daß selbst ohne Berücksichtigung der Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber ganz erheblich über die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber steht.

Die dritte Überlegung, die die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen und den Steuerabgaben von Kapitalertrag unmittelbar gegenübergestellt ist, zeigt, daß selbst ohne Berücksichtigung der Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber ganz erheblich über die Einkommensteuer der Lohn- und Kopfarbeiter der Einkommensteuer der vermögenden Steuerpflichtigen gegenüber steht.

## Vom Tage

Vor dem vierten Senat des Reichsgerichts wurde der Genosse Bergarbeiter Ulrich Donath aus Kottbus wegen Diebstahls zum Hochverrat um 2 Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages gegen Barmao jagte gestern in der Wohnung des Schloßers Henry Barmao. Anwesend waren unter anderen die Hausfreundin Barmao, Vizepräsident Richter und Reichsanwalt a. D. Bauer.

Die Mandate der serbischen Radikalspartei sind noch erfolgreicher Obstruktion wieder befüllt worden.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß 5000 Mann des aufständischen Generals Fong mit modernem Kriegsmaterial eingetroffen seien.

## Keine Hilfe für Erwerbslose Reichstagsitzung vom 23. Juni

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 24. Juni.

Am Dienstag wurde im Reichstag ein Vorschlagsentwurf beraten, der die Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet beantragt. Hierzu war von den bürgerlichen Parteien im Ausschuß beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, mit der Zahlung der Erwerbslosenunterstützung fortzufahren, und wenn möglich, die Dauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus bis zum 31. Dezember d. J. zu verlängern. Die Sozialdemokraten beantragten, diese Verlängerung bis zum 31. Dezember durch den Reichstag zu beschließen und festzusetzen.

Die kommunistische Fraktion brachte demgegenüber eine Entschließung ein, die eine allgemeine Aufhebung der Beschränkung in der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung ausstößt. Der kommunistische Antrag behagte: Die in der Verordnung vom 15. Februar 1924 enthaltene Beschränkung der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen wird aufgehoben. Die Erwerbslosenunterstützung wird auf die Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt.

Der sozialdemokratische Redner und auch der Redner des Zentrums sprachen von der Treue unserer Brüder und Schwestern am Rhein und von der außerordentlichen Notlage, die besetzten Gebiet. Der Zentrumsvorsitzende Esser erklärte dabei, daß sich die Verhältnisse der Erwerbslosen jedoch wesentlich gebessert hätten, was auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsvertreter Meyer-Düffelhoff, der jetzt bei der Zahlensendfeier in Köln durch die Verleihung des Doktorgrades ausgezeichnet wurde, bekräftigt hat.

Der Redner der Kommunisten, Genosse Weber-Düffelhoff, stellte fest, daß die Zahl der Erwerbslosen im besetzten Gebiet doppelt so hoch sei wie im unbesetzten Gebiet. Die Notwendigkeit, für das besetzte Gebiet besondere Bestimmungen zu erlassen, ist unanfechtbar. Es kommt vielmehr darauf an, die Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit in Unterstützung zu zahlen (Sehr richtig! h. d. Komm.). Wenn der Zentrumsvorsitzende Esser meint, eine dauernde Unterstützung würde demoralisierend, so könnte das der Fall sein, wenn den Erwerbslosen die Möglichkeit zur Arbeit geboten würde. Das ist aber nicht der Fall. Die Arbeiter werden vielmehr für Jahre auf die Straße geworfen. Einzelne Arbeiter werden von den Unternehmern planmäßig ausgesperrt. Durch eine neue Verfügung werden alle die Arbeiter von der Aufrüstungsarbeit ausgeschlossen, die infolge ihrer körperlichen Veranlagung bei den schweren Arbeiten (Erzabbau usw.) nicht mithalten können. Sie werden der Armenpflege überwiesen, das ist die Wirkung dieser Verordnung. Der Reichsfinanzminister Schlieker hat am Samstag in einem Ausschuß erklärt, daß sich entgegen allen Erwartungen verhängnisvolle Zeichen der Erschöpfung und des Verfalls der Wirtschaft zeigen. Im ganzen Reich werden von den Industriellen systematisch die Betriebe stillgelegt. Die Unternehmer geben außerdem dazu über, die Löhne anzukündigen, um die Löhne zu senken, in derselben Zeit, wo auf der anderen Seite Zuschüsse gefordert werden. Wir fordern deshalb, daß vom Reich aus ein Restriktion für die Erwerbslosenfrage anzuordnen ist. Eine Beschränkung bis zum Dezember 1925 für die Erwerbslosen des besetzten Gebietes ist vollkommen ungenügend. Unser Antrag ist das mindeste, um den Erwerbslosen im ganzen Reich die Existenz zu ermöglichen. (Beifall h. d. Komm.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommunisten abgelehnt. In nächster Abstimmung wird ebenfalls mit 199 gegen 158 Stimmen der sozialdemokratische Vorschlagsentwurf abgelehnt und der Beschränkungsantrag, der die Regierung zu nichts verpflichtet, angenommen.

## Großagrarier gegen Pächter

(Eigener Bericht)

Berlin, 24. Juni.

Der Reichstag wurde gestern in die Beratung von Abänderungen an der Pachtgesetzgebung vom 9. Juli 1920 eingetreten. Die kommunistische Fraktion hatte im Ausschuß verhängnisvolle Anträge eingebracht, die den Schutz der kleinen Pächter gegenüber den Großgrundbesitzern betrafen. Diese Anträge wurden jedoch sämtlich abgelehnt. Bei der Beratung der Abänderungsanträge erklärten die Sozialdemokraten, daß eine halbjährige Aufhebung der Pachtgesetzgebung erfordere, wenn man darauf abzielt, auch die Meinung der Großagrarier wieder normale Verhältnisse im Pachtwesen geschaffen. Auch das Zentrum stellte sich auf die Seite der Reaktion. Das zeigte sich besonders bei den Abstimmungen. Hier war der Zentrumsvorsitzende Esser Billeus der Vertreter der Reaktion, der sich gegen jede einschneidende Verbesserung für die kleinen Pächter wandte.

Der Redner der Kommunisten, Genosse Bug, schilderte die Notlage der Pächter und wandte sich entschieden gegen die Pläne der Sozialdemokraten, die Pachtgesetzgebung aufzugeben. Die Großgrundbesitzer wüßten die Pächter nicht zu schützen. Auch der Preussische Staat ist an dieser Angelegenheit beteiligt. So ist es nach Verhandlungen seit einem Jahr unmöglich, eine Entlastung mit ungefähr 6000 Hektar im Pachtwesen zu erzielen, weil das Preussische Landwirtschafterministerium Bedingungen stellt, bei denen die Pächter zugrunde gehen würden. (Zustimmung h. d. Komm.) Dazu kommt noch, daß die Bestimmungen der Pachtgesetzgebung, die auch heute noch enthält, nach der Kommunisten fordern, und nicht einmal erfüllt werden. Bei der Pachtgesetzgebung müssen die Pächter nicht nur dauernd entlastet werden. Die Pächter sind auch heute noch in der Lage, die Pächter zu unterstützen. Die Pächter sind auch heute noch in der Lage, die Pächter zu unterstützen. Die Pächter sind auch heute noch in der Lage, die Pächter zu unterstützen.

Bei den heute folgenden Abstimmungen wurden alle Abänderungsanträge bis der Höhe für Pächter gegenüber den Großgrundbesitzern verworfen, von der Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zum Zentrum abgelehnt.

## Verbandstag der Eisenbahner

1. Verhandlungstag

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 24. Juni.

Unter den Einwirkungen der Fahrtauseinrichtung erhielt der Eisenbahnerverbandstag ein ausserordentlich reichhaltiges Programm mit nationalpolitischen Einschlag. In seiner Eröffnungsrede sagte Schöffel den Erinnerungsworten über den Ruhrkampf und für die 26000 Eisenbahner, die damals ausgetrieben wurden, die Bemerkung hinzu, daß sich damals wieder gezeigt habe, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war. Die Reichsbahn habe das zwar schon vergessen, aber in der Geschichte sei das unvergessen (!) aufgeschrieben. Ein schlechter Trost, wenn man hinzufügen muß, daß der Verbandstag weit schwächer besetzt sei als der frühere, weil 350 000 Eisenbahner abgebaut seien. Danach erklärte dann Schöffel trotzdem noch: Die Gewerkschaften haben sich nicht gegen die Durchführungen des Dawesplans gewandt, sie konnten und wollten das nicht. Er begrüßt die bevorstehende Einigung mit der Reichsgewerkschaft, sagt aber noch kein Wort über die Wiederaufnahme des ZGB. — Böttig nationalpolitisch begrüßte Wirth vom Kblner ZGB, der Verbandstag. Er sprach dauernd von unserem alten Vater Rhein. Der rheinischen Demokratie, dem rheinischen Wein, der Fahrtauseinrichtung, um dann nach einigen Sätzen über die Arbeiterbewegung die ausgeschlossenen oppositionellen Eisenbahner als Vorkämpfer zu bezeichnen.

Der Sekretär der ZGB, Nathans, gab eine gute Übersicht über den Stand der internationalen Transportarbeiterbewegung, die wir noch nachtragen werden. Der englische Vertreter, Cramp, betonte die Solidarität mit den deutschen Arbeitern im Kampf um das Dawesgutachten und wandte sich gegen Reparationsbelastungen der Arbeiterschaft. Er fordert internationale abgeschlossene Abwehr gegen den internationalen Kapitalismus. Nach der russische Vertreter, Mastel, spricht von der Notwendigkeit durch die internationale Transportarbeiter-Action im gegebenen Moment den Krieg zu verhindern.

Befremdend inhaltlos waren diese Reden gegenüber der sich nur in allgemeinen Worten ergebenden Begrüßungsansprache von Brauman vom ZGB. Er bezieht sich auf die Arbeitermassen, die den Gewerkschaften nach der Revolution zufließen, als ausgewachsene Epochen mit selbstlichen Hoffnungen, um dann zu predigen von dem neuen Evangelium wirklicher Menschlichkeit, dem Evangelium der Gewerkschaftsbewegung. Bei Kapitalismus und Klassenkampf sprach er nicht eine Silbe.

Nach Erledigung formaler Angelegenheiten und der Kommissionsbeschlüssen, bei denen die kommunistische Opposition völlig ausgeschaltet wurde, trat der Verbandstag am Montag früh dann in die Beratung des Geschäftsrichts ein, den Schöffel in einer fünfständigen Rede eröffnete.

Redner führte den Rückgang der Organisation vorwiegend auf Inflation und Abbau zurück. Der ZGB sei passiv (!) und werde deshalb versuchen (!), neue Kriege zu verhindern. — Nach einer kurzen Übersicht über die Lohnbewegungen der letzten Jahre behauptet er, daß der ZGB noch keinen Kampf erfolgreich abgebrochen hätte.

Redner befaßte sich ausführlich mit der Frage der Rentabilität der Reichsbahn. Die Schwerindustrie im Verwaltungsrat wirtschafteten scheinbar mit Abzicht den Bahnbetrieb herunter.

Obwohl der Redner die Verschmelzung der Reichsgewerkschaft als Stärkung der Kampfkraft wiederholt erwähnte, ging er auf die Vereinigungsfrage mit dem ZGB nie konkreter ein, sondern beschränkte sich darauf, in seinem langen Referat immer wieder gelegentlich gefällige Bemerkungen gegen den ZGB zu richten.

Dem Referat Schöffel folgte der Rassenbericht und der Bericht der Beschwerdefraktion. Die Diskussion wurde auf Dienstag früh verlegt.

## Neuer Mietwucher

(Eigener Bericht)

Berlin, 24. Juni.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags gab der Arbeitsminister Brauns heute ein reichlich schonförmlich gemaltes Bild über die Wohnungsnot und über die Absichten der Regierung in der Wohnungsfrage. Er teilte mit, daß Erhebungen über den Wohnungsmangel ordnungsgemäß nur stattgefunden haben in Bayern, Sachsen und Baden. Berechnet auf das ganze Reich würde sich daraus ergeben, daß auf etwa 1000 Wohnungen 10 bis 11 fehlende Wohnungen kommen. Der Wohnungsbau hat sich in den letzten Jahren so gestaltet, daß etwa 120 000 neue Wohnungen hergestellt wurden. Seit 1922 geht der Wohnungsbau wieder zurück. 1924 hat sich der Rückgang noch fortgesetzt. Im Minimum fehlten im Reich 600 000 Wohnungen. Der Bau einer Dreizimmerwohnung stelle sich bei den heutigen Preisen auf mindestens 10 090 Mark, wozu das Reich 6000 Mark zuzahlen müsse, so daß die Erstellung von 150 000 neuen Wohnungen einen Bedarf aus öffentlichen Mitteln von 900 Millionen erfordere. Diese Darstellung ist wie erwähnt, viel zu günstig.

Genosse Eichhorn verwies darauf, daß die Wohnungsnot unendlich viel größer sei als vom Minister angegeben und führte dafür drastische Beispiele aus einigen Großstädten an. Es ergibt sich die Unrichtigkeit der ministeriellen Einschätzung der Wohnungsnot auch daraus, daß sie sich auf Bayern und Sachsen stützt, zwei industriell nicht besonders stark entwickelte Staaten. In den Großstädten und in den Industriezentren ist die Wohnungsnot doppelt und dreifach so groß.

Der Minister hält es für notwendig, jährlich etwa 750 Millionen aus Reichsmitteln für Wohnungsbauten aufzuwenden. Das würde 125 000 Wohnungen ergeben, also noch lange nicht den jährlichen Neubedarf decken. Von einer Abdeckung der fehlenden Wohnungen, deren Zahl sich mindestens auf eine Million beläuft ist dabei gar nicht die Rede.

Die 750 Millionen sollen aus der Mieterentnommen werden.

Genosse Eichhorn trat diesen Absichten scharf entgegen. In einer Steigerung der Mieten sei gar nicht zu denken. Die Lebenshaltungskosten steigen beständig, die Löhne bleiben weit dahinter zurück und infolgedessen sei Voraussetzung jeder weiteren Belastung der Arbeiterschaft eine ganz wesentliche Erhöhung der Löhne. Ferner müsse den Absichten der Regierung, das Mieterwohngesetz zu durchlöchern und den Hauswirten Erleichterung in der Entfernung von zahlungsunfähigen Mietern zu gewähren, die Verpflichtung, Erleichterungen zu beschaffen aufzuheben, aufs härteste entgegengetreten werden. Und den Abbau der Zwangswirtschaft könne nicht herangeführt werden, bevor die Wohnungsnot restlos beseitigt sei.

Das Ergebnis der Beratungen war, daß die Reichstagsfraktionen sich auf den Beschluß einigen sollen, 20 Prozent der Friedensmiete für den Wohnungsbau festzusetzen und dementsprechend den Finanzwirtschaftsminister zu beauftragen.



# Arbeiterdelegationen nach Rußland

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 23. Juni.

Am Sonnabend, den 11. Juli fährt die erste deutsche Arbeiterdelegation in Stärke von 60 Mann von Stettin nach Leningrad. Die meisten Delegierten sind sozialdemokratische Arbeiter aus den Betrieben und Gewerkschaften.

Das Arbeiterkomitee für Rußlanddelegationen hat die Veranstaltung einer großen Kundgebung bei Abreise der sozialdemokratischen Delegierten in Berlin am Tage vor der Abreise in Aussicht genommen.

Nach dem ausdrücklichen Verbot der Sozialdemokratischen Partei haben sich sozialdemokratische Arbeiter zu der Delegation nach Sowjetrußland hinzugesellt. Noch vor einigen Wochen schrieb der „Vorwärts“: „Sozialdemokratische Arbeiter, laßt Euch nicht zu dieser kommunistischen Demonstration mißbrauchen.“ Aber über 40 sozialdemokratische Arbeiter ließen sich nicht von den Redakteuren des „Vorwärts“, die selbst nach Sowjetrußland eingeladen waren, betören, sondern wollten mit eigenen Augen die Verhältnisse und die Lage der Arbeiterklasse in Sowjetrußland studieren. Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter werden mit Spannung den Bericht ihrer Parteigenossen über das Land des „roten Schreckens“ erwarten. Die sozialdemokratischen Führer werden sich vor dem Bericht ihrer eigenen Parteigenossen aus den Betrieben fürchten, denn nicht ungründlich fürchten die Sozialdemokratie aller Länder mit ihren Regierungen die Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland. So wurde z. B. nach vor wenigen Wochen einer Wiener Delegation der Eisenbahner die Ausreise nach Sowjetrußland verweigert. Die Kapitalisten mit ihren Sozialdemokraten fürchten jeden objektiven Bericht über Sowjetrußland, doch wir begreifen es, daß endlich sozialdemokratische Arbeiter aus dem Betriebe nach Sowjetrußland fahren, um nicht mit der kommunistischen Brille, sondern vom Standpunkte des Gegners der Sowjetregierung die Lage der Arbeiter im kommunistischen Rußland zu beurteilen.

## Ein bedeutender Anfang

Von Werner Schölem.

Während die offiziellen Stützen des ADGB und der SPD bis zu den Wahlen der Linken, Paul Levi und Seydewitz, sich in antibolschewistischer Hege überließen, macht sich in den letzten Wochen tief unten in der Arbeiterklasse eine Bewegung bemerkbar, welche von der größten Bedeutung werden wird. Viele sozialdemokratische Arbeiter, die sich trotz aller Irreführung durch ihre Führer noch immer auf den alten Boden des Klassenkampfes glauben, sangen allmählich an, den ewigen Schimären über Rußland Zweifel entgegenzusetzen. Das Verhalten der englischen oppositionellen Gewerkschaften, der Bericht der englischen Delegation über Rußland und die unermüdliche Aufklärungsarbeit der kommunistischen Opposition im ADGB, begannen eine Breche in den Wall der Lüge und Verleumdung zu schlagen, welcher breite Massen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmittglieder von dem Heere des revolutionären Proletariats trennt.

Natürlich zeigt sich diese Entwicklung noch nicht bei den Wahlen zu Verbandstagen und zum Gewerkschaftskongress. Aber sie zeigt sich in der geradezu elementaren Bewegung unter der Arbeiterklasse großer deutscher Bezirke, deren Ziel dahin geht, Vertrauensmänner aus ihrer eigenen Mitte nach Rußland zu entsenden, um endlich einmal unbeflügelt die Verhältnisse in diesem ersten Arbeiterstaate der Welt zu beurteilen.

Nachdem schon monatelang hier und da von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Resolutionen gefaßt worden waren, die den Wunsch ausdrückten, über die russischen Verhältnisse durch Delegierte informiert zu werden, ist nunmehr diese Bewegung in ein bedeutendes Stadium eingetreten. Die Besetzung der Putilow-Werke in Leningrad, des größten russischen Metallbetriebes, hat eine Einladung an die deutsche Arbeiterklasse in den Betrieben gefaßt, in der es heißt, daß die russischen Arbeiter bereit sind, deutschen Arbeitern ohne Unterschied der Partei in Rußland Gastfreundschaft zu gewähren und ihnen jede nur mögliche Aufklärung über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland zu verschaffen.

Die Einladung der Putilow-Arbeiter hatte zur Folge, daß bereits in Mitteldeutschland spontan in Betriebsversammlungen Delegierte gewählt wurden. Es bildete sich daraufhin in den letzten Tagen in Berlin ein „Arbeiterkomitee für Delegationen

nach Rußland“, an dem Berliner Betriebsräte und ein Vertreter des Bundes der Freunde der ILL beteiligt sind. Dieses Komitee übernahm die notwendigen technischen Vorbereitungen für eine Reise nach Rußland, die im Juli stattfinden soll. Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften ergaben, daß die Zahl der Delegation deutscher Arbeiter, die im Juli auf mehrere Wochen Sowjetrußland bereisen wird, auf 60 festgesetzt wurde. Die Verteilung auf die einzelnen Bezirke wurde so vorgenommen, daß gerade diejenigen Bezirke bevorzugt wurden, in denen sich die Bewegung bereits spontan entwickelt hatte.

Nachdem die Bewegung ein festes Ziel bekommen hatte, entwickelte sie sich äußerst rasch. Im Bezirk Erzgebirge-Bohland werden große Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen einberufen, in denen sozialdemokratische Betriebsräte und sogar Gewerkschaftsangehörige ganz offen erklären, daß sie selber gehen und urteilen wollten, was in Rußland geschieht. Nicht weniger als acht sozialdemokratische Arbeiter sollen aus dem Chemnitzer Bezirk nach Rußland fahren. Die kommunistischen Mitglieder der Belegschaften und Gewerkschaften halten sich mit richtigem politischen Takt zurück, da Komm. Arbeiter durch ihre ganze Weltanschauung bereits unauflöslich mit dem proletarischen Rußland verbunden sind. Die sozialdemokratischen Betriebsräte, Funktionäre und Gewerkschaftsangehörige sollen selbst gehen, prüfen und urteilen. Die sozialdemokratischen Delegierten des Chemnitzer Bezirkes sind durchweg sehr einflussreiche Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, alles Arbeiter, die imstande sind, nach ihrer Rückkehr über ihre Ergebnisse zu schreiben und zu referieren, solche Proletarier, welche begreifen, das antibolschewistische Geschwätz ihrer Führer für bedenklich zu halten.

Technisch steht es in anderen Bezirken. Wenn nicht die Zahl der Delegierten auf 60 beschränkt wäre, so könnte das Arbeiterkomitee mehrere hundert sozialdemokratische Arbeiter schon jetzt nach Rußland schicken. Bemerkenswert ist dabei, daß jeder Delegierte von der Belegschaft, die ihn delegiert, für die Reise finanziert werden muß. Obwohl die Putilow-Arbeiter volle Gastfreundschaft für die deutschen Proletarier anbieten, hat das Berliner Arbeiterkomitee beschlossen, daß die deutschen Arbeiter ihre Delegierten selbst bezahlen, damit jedem bolschewistischen Gerücht antibolschewistischer Hegepropaganda in SPD-Blättern die Spitze abgebrochen wird.

Da die Wahl der Delegierten in großen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen stattfindet, so werden hinter den 60 deutschen Arbeitern Hunderttausende von Proletariern stehen, die nach der Rückkehr den Bericht erwarten. Wir zweifeln nicht daran, umso mehr als unter den 60 Delegierten wahrscheinlich über 40 Sozialdemokraten sein werden, daß diese Arbeiterreise nach Rußland Hunderttausenden von Arbeitern, die Rußland bisher feindselig oder zögernd gegenüber standen, zeigen wird, daß auch die deutsche Arbeiterklasse ebenso wie die englische in dem ersten Arbeiterstaate der Welt ein Hort proletarischer Fortschritts sein muß. Die Bewegung für die Gewerkschaftsarbeit wird dadurch sehr gefördert werden.

Es ist die Aufgabe aller kommunistischen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß überall zu den Arbeiterdelegationen Stellung genommen wird und daß den sozialdemokratischen Kollegen die Gelegenheit geboten wird, ihr proletarisches Klassenbewußtsein auf diese Weise zu stärken.

Es ist anzunehmen, daß die Delegation, welche Anfang Juli nach Leningrad fährt, nur die erste Delegation einer ganzen Reihe von Delegationen aus Deutschland nach Sowjetrußland sein wird. Die Berichte der zurückreisenden Delegierten werden den Anlaß dazu bieten, daß die Bewegung sich immer mehr steigert und, so daß zuletzt auch die verhassten Führer des ADGB vor dem Massendruck, der zur Gewerkschaftseinheit drängt, zurückweichen müssen.

## Für eine internationale Hilfsaktion in China

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 24. Juni.

Das Zentralkomitee der ILL hat an das Reichskomitee in Shanghai und die Regierung in Peking Telegramme geschickt, in denen den kämpfenden Massen praktische internationale Solidarität und Hilfeleistung durch Geld- und Lebensmittellieferungen in allen Ländern zugesichert wird. Folgendes Telegramm wurde abgeschickt: „Geld, Lebensmittel und Hilfe unterwegs! Halte aus! Brüderliche Hilfe unter-

## Die Schweizer Regierung verbietet Soldatenräte

Ein Kapitel Demokratie und Räteherrschaft

Bern, 22. Juni.

Der Schweizerische Nationalrat hat bei der Beratung des neuen Militärstrafgesetzes mit großer Mehrheit einen Artikel angenommen, der die Gründung von Vereinigungen zur Untergrabung der Disziplin, wie Soldatenräte u. dergl., und den Beitritt zu solchen Vereinigungen unter schwerer Strafe stellt.

Das nennt man „Vorforschung“ unter Berücksichtigung früherer Erfahrungen. Die Räte- und Schokoladen-Bourgeois dieser hochberühmten Demokratie wissen sehr gut, daß die Bewahrung der wirklichen Demokratie an die wertvolle Bevölkerung, erst recht aber an das „Volk im Waffen“, für die Kapitalherrschaft katastrophale Folgen zeitigen muß. Denn Arbeiterräte, Soldatenräte, Bauernräte sind nichts anderes als Organe der wirklichen Demokratie, d. h. der Volksherrschaft. Als solche sind sie — wie das Beispiel des russischen Rätestaates zeigt — mit den Zellen zu vergleichen, auf denen sich jeder lebende Organismus aufbaut. Die Profiteur aber, eine winzige Minderheit in der Bevölkerung, sind zu vergleichen mit den Schmarotzern oder Parasiten, die dem Baum den Lebenssaft ausaugen.

Gerade die kleine Schweizer Bourgeoisdemokratie gibt nun die beste Illustration dafür, daß Armee oder Militär im bürgerlichen Staate in erster Linie Unterdrückungsinstrumente gegen das eigene Arbeitervolk sind und nach dem Willen der Regierung auch immer bleiben sollen.

Historisch besonders interessant ist, daß die Schweiz die älteste demokratische Republik, die allerdings nie etwas anderes war als eine Ausbeuterepublik, das Stammland des Räteherrschafts ist. Die „Eidgenossen“ auf dem Rütli waren ein „illegales“ Bauernrat; in der militärischen Okkupation der Schweiz bestanden in den Heeren, die gegen Burgund und in Italien zogen, „Soldatenräte“. Und schon im sogenannten Sonderbundskrieg und später während der Grenzbesetzung 1870/71 bildeten die Soldaten wieder „Räte“. Ja sogar während des letzten Weltkrieges, als die Schweizer Truppen den Vordrängern folgten und in diesem geistreichen friedlichen „Stellungskrieg“ von den unter General Wille von Bismard ganz verpreudelten Offizierskavallerien bis auf Blut geschürdelt wurden, kam es dazu, daß Infanterie und Artillerie einfach „Streikten“ und „Räte“ bildeten. Das war schon 1915 und 1916, also noch bevor es in Rußland „Soldatenräte“ gab. Diese Truppen mußten aus der Front zurückgezogen werden; zu bestrafen wagte man sich nicht. Und als nach dem schweizerischen Generallstreik 1918 die „Belagerung von Zürich“ stattfand, bildeten die belagerten „Mitrailleurtruppen wieder „Räte“ und meuterten. Wiederrum wagte man keine Bestrafung.

Wie in allen Ländern sucht auch in der Schweiz die Bourgeoisie aus der Armee ein zuverlässiges Instrument gegen den inneren Feind zu schaffen. Heute verbietet sie „Soldatenräte“, vielleicht „verbietet“ sie sogar die Revolution — und nimmt gleich ein Patent auf dies Verbot.

## Mächtige rote Rundgebung im Saargebiet

Saarbrücken, 23. Juni.

Das Saarproletariat hat am Sonntag, dem 21. Juni in Saarbrücken und Ludweiler dem nationalen Jahrtausend-rummel mächtige rote Rundgebungen entgegengestellt. Trotz Verbots durch die Völkerebunds-Regierung und trotz massenhaften Aufgebots an Polizeikavallerie sind die Arbeitermassen dem Ruf der SPD gefolgt. Auf den Massenmeetings sprachen kommunistische Vertreter aus China, England, Frankreich, Polen und Deutschland, mit draufendem Beifall begrüßt. Die Ortschaft Ludweiler ist übrigens die einzige Gemeinde im Rheinland und Saargebiet, die keine nationalistische Jahrtausendfeier, sondern einen offiziellen roten Tag veranstaltet hat. Das Verbot der Völkerebunds-Regierung, dem die Massen trotzten, und eine entsprechende Gerichtsverfügung war übrigens durch den SPD-Vorsitzenden Schäfer erwirkt worden. Die französische Polizei tat ein übriges, indem sie den kommunistischen Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordneten Reinhardt verhaftete, als er in Saarbrücken die französischen Redner abholen wollte.

## Ein Orobahnwunder

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller Götz.

Im Atelier verhielt sie sich ziemlich reserviert und sagte sich: „Der weiß, ob die anständige Mädchen sind?“ Bei Erika zum Beispiel wußte man ja genau, daß sie es im Verkehr mit Herren nicht sehr genau nahm. Und von den Gräuleins, obwohl sie behaupteten, nie einen Bräutigam gehabt zu haben, wußte man schließlich auch nicht genau, wie sie es früher einmal getrieben hatten. Doch man davon nichts wußte und also nichts behaupten konnte, das gab ihnen das Recht, sich unbedingt als anständig auszugeben. Daraus schloß sie, daß es ganz richtig sei, wie sie es schon beschloßen habe, nämlich anderen möglichst wenig von dem wissen zu lassen, was man hinter sich hatte. Und ihr selbst sah man ja auch nichts an, wie schlecht sie geworden sei durch diese Nacht; kein Mensch hatte etwas davon gemerkt und der Doktor würde wohlweislich nicht darüber sprechen. So ließ sich ja ihre weiteres alles vertuschen und man konnte in der Dessenlichkeit weiter als ein anständiges Mädchen gelten und sich mit entrüsten, wenn über irgendein anderes Mädchen schlecht gesprochen wurde.

Auch von ihrer Mutter zog sich Rosa in einigen zurück. Das ärgerte sie zunächst darin, daß sie an den Abenden und Sonntagen sich mehr als früher in ihrer Stube aufhielt. Diese aber gestaltete sie mehr und mehr zu ihrem kleinen Reich. Das Zimmer, das sie ursprünglich nur als Schlafraum erhalten hatte, bekam auf ihren Wunsch immer mehr neue Ausstattungsgegenstände, so daß es allmählich eine vollständige Möblierung erhielt. So hatte sie sich einen großen Spiegel über den Waschtisch gemauert und auch bekommen. Frau Berger paarte eben in der Wirtschaft, um nach und nach diese Stücke kaufen zu können. Nun konnte Rosa Sonntags, wenn sie lange geschlossen hatte, den ganzen Vormittag in ihrer Stube verbringen und die Zeit so nach Belieben verwenden. Sie wusch sich dann ebenso gründlich wie unständig, trieb ein wenig Körperpflege und betrachtete dann eingehend ihren Körper im Spiegel, wobei sie eine süße Genugthuung empfand. Allmählich lernte sie ihr ein, daß der Doktor recht gehabt habe, als er sagte, daß ihr Körper „ihre Kapital“ sei, mit dem sie wirtschaften müsse und

dem es darauf ankam, es gut anzulegen. Wenn sie dann in sich selbst verliebt, ihren Körper im Spiegel betrachtete, dann sagte, sie sich oft: „Es wird schon mal einer kommen, dem ich so gefalle, daß er mir alles schenkt, was ich haben will, ich bin doch ein hübsches Mädchen und ich werde ihm doch sehr gefallen.“

Im übrigen versuchte Rosa ihr Stübchen so einzurichten, wie es ihrem Geschmack und ihrem Bequemlichkeitsbedürfnis entsprach. Da ihr hierzu immerhin nur beschränkte Mittel zur Verfügung standen, behalf sie sich, so gut es ging und probierte allerlei aus, bis es ihr gefiel. Nach und nach hatte sie sich einige eingerichtete Bilder und Sprüche, die sie in den Schaufensterausstellungen selbst ausgewählt hatte, kaufen lassen und auch das Bild, das ihr der Doktor geschenkt hatte, fand seinen Platz. Aber nun fehlte noch eine Chaiselongue. Aber auch dafür fand sich Rat. Rosa baute ganz einfach in der Zimmerdecke, rechts vom Fenster, aus Kisten, alten Kleidern und Dedeln so etwas wie ein Liegegestühl. Als sie nun gar ihren Wunsch erfüllt sah und eine Chaiselongue gekauft bekam, war die Improvisation fertig. Zuletzt wurde die Wand an dieser Stelle mit einem Teppich verkleidet und so sah es wirklich, nach Rosas Meinung, in der sie durch ihre Mutter unterstützt wurde, „ganz reizend und vornehm“ aus. So konnte Rosa viele Stunden ihrer freien Zeit verfrachten, bis sie es heraus hatte, wie es sich am besten machte. Für das Fenster wünschte sie sich dann noch einen feinen Künstlerstolz und nach einiger Zeit hatte Frau Berger auch diesen dem Wirtschaftsgeld abgekauft, das heißt, es wurde eben eine Zeilanz noch einfacher als sonst geübt. Aber, wenn dann die Familie Berger Besuch von Verwandten oder Bekannten bekam, oder irgendeine Frau aus dem Hause einmal Bergers für ein paar Minuten besuchte, dann gab es eine förmliche Genugthuung für die ganze Familie. Rosa konnte dann triumphierend sagen: „Hier ist mein Zimmer, hier wohne ich, ist das nicht nett?“ Und alle Besucher fanden dann, daß es „reizend und nett“ sei.

Rosas Sinn für ihre Umgebung entwickelte sich nunmehr entschieden nach einer bestimmter Richtung hin. In der Bekleidung, das Äußere dieser Umgebung nach ihren Empfindungen umzumodeln, entwickelte sich ihr Geschmack ein wenig. Ihr Auge lernte im Unterscheiden von Farben feine Reize herauszuerkennen und entschied sich für diese oder jene Farbe, oder eine andere Farbennachbarschaft. Auch der Ausstattung ihres Zimmerchens gegenüber offenbarte sich diese Entwicklung

ihres Wesens. So, wie sie immer noch ein Schleichen oder Wandern an ihrem Kleide anzubringen wußte, ohne das es je geschmacklos, sondern höchstens einmal als etwas spielerisch annahm, so fand sie auch für ihr Zimmer noch eine Nase von besonderer Farbe, die auf die Kommode gestellt, oder ein Bildchen, das an irgendeiner Stelle gehängt werden konnte. An solchen Dingen hing sie mit aller Liebe, wie an ihren Kleidern, die sie mit Liebe, Sorgfalt und Geschick selbst anfertigte. Aber darüber hinaus kam sie nicht. Hinter diesen Dingen etwas zu suchen, kam ihr nicht in den Sinn. Für sie gab es nur die Probleme, die irgendwie heute oder morgen zu lösen waren; das andere ging gleichgültig an ihrem Leben vorüber und berührt es nicht. Mit diesen äußeren Dingen beschäftigten sich beständig ihre Sinne und dabei zeigte sich das sich immer äußernde Dasein ihres Gemütes. Aber es machte fast nichts tieferen, aufwühlenden Eindruck auf sie; ihre Lebenserinnerungen verschworen sich nicht zu einem Bund, den man hätte ihre Seele nennen können; wenigstens zeigte das, was man bei den Menschen Seele nennt, bei ihr keine besondere Tiefe und Empfindlichkeit. Das vielleicht war ihr größter Mangel, den sie allerdings nicht im geringsten selbst empfand.

In dieser Zeit ging Rosa fast nur noch mit ihren Eltern aus. War es gutes Wetter, so unternahm man Sonntagsnachmittags gewöhnlich einen Spaziergang, um diesen mit dem Besuch eines Vorstadtparkes zu beschließen. Dort gab es insbesondere für Rosas Mutter gute Gelegenheit, sich mit ihr zu unterhalten und das Verhalten der Töchter zu kritisieren. Nach Frau Bergers Meinung verhielten sich die meisten Mädchen hier „froh und gewöhnlich“, so daß „ein Mädchen, das auf sich halte“, nicht in einen solchen „gewöhnlichen Schwarm“ gehöre. Für Rosa mußte das als selbstverständlich gelten, daß sie sich nicht allein hier aufhalten dürfe. Frau Berger sagte in solchen Fällen immer: „Wenn du tanzen willst, da gehst du erst in die Tanzstunde und nachher machst du mir bessere Bälle mit. Du hast das nicht notwendig, dich hier herumzutreiben. Du hast bessere Gesellschaft. Für dich interessierten sich immer bessere Herren. Solche Bälle, wie damals, wo dich der Herr Doktor eingeladen hatte, da geht's ganz anders zu. Die Arbeiter, die sind so ordinär; in solchen gewöhnlichen Tanzgesellschaften wird dich nicht hin, das auf sich halt.“

(Fortsetzung folgt.)



### An die Parteigenossen des Bezirks Schlesien!

Parteigenossen! Die Bezirksleitung hat im Einverständnis mit der Zentrale den 10. Schlesiens Bezirksparteitag für Sonnabend den 4. und Sonntag den 5. Juni nach dem Schützenhaus in Freiburg mit folgender Tagesordnung entworfen:

1. Wahl des Präsidiums.
2. Gesamtbericht der Bezirksleitung.
3. Politische Lage, Aufgabe und Taktik der Partei. Referent der Zentrale.
4. Andere politische und organisatorische Aufgaben in Schlesien. Referent der Bezirksleitung.
5. Wahlen.
6. Anträge und Verschiedenes.

Der Parteitag beginnt Sonnabend abends pünktlich 7 Uhr. Die Delegierten verteilen sich wie folgt:

Ortsgruppen bis zu 50 Mitgliedern entsenden 1 Delegierten  
Ortsgruppen von 51-100 Mitgliedern entsenden 2 Delegierte  
Ortsgruppen von 101-150 Mitgliedern entsenden 3 Delegierte  
Ortsgruppen von 151-250 Mitgliedern entsenden 4 Delegierte  
Die Delegierten müssen in einer Mitgliederversammlung, die gut vorbereitet werden muß, gewählt werden. Es ist zu empfehlen, die alttesten Genossen zu delegieren. Zu diesem Zweck hat die Bezirksleitung beschlossen, daß keine Mitgliederversammlung stattfinden und kein Delegierter gewählt werden darf, in der nicht ein Mitglied der Bezirksleitung oder ein Beauftragter von ihr anwesend ist. Delegierte die in anderer Form gewählt werden, können nicht anerkannt werden. Jede Ortsgruppe hat deshalb die Pflicht, sofort der Bezirksleitung mitzuteilen, wann und in welchem Lokal die Mitgliederversammlungen stattfinden.

Am den Ortsgruppen bei der Vorbereitung der Versammlung behilflich zu sein, werden wir in der „Schles. Arb.-Stg.“ und im „Berg-Tag“ einen Versammlungskalender eröffnen, durch den alle Versammlungen veröffentlicht werden. Die Anzahl der Delegierten richtet sich nach der Mitgliedszahl einer Ortsgruppe. Die Bezirksleitung hat für die Anzahl der Delegierten die abgerechneten Mitglieder für die Monate März, April und Mai zugrunde gelegt, außerdem das Stimmrecht auf dem Parteitag von der Abrechnung der Kampfzins und Halbmammeten abhängig gemacht. Die Gruppen, die ihre Verpflichtungen nicht nachkommen, können kein Stimmrecht erhalten. Die Namen und genauen Adressen der Delegierten müssen bis zum 25. Juni an die Adresse:

Erkhard Müller, Breslau X, Trebnitzer Str. 50 eingehandt werden, damit wir ihnen den gedruckten Jahresbericht und die Delegiertenkarte rechtzeitig zusenden können.

Zur Finanzierung des Bezirksparteitages hat die Bezirksleitung beschlossen, die Kosten auf alle Ortsgruppen gleichmäßig zu verteilen in der Form, daß für jeden Delegierten 5 RM.

an die Bezirkskasse bezahlt werden muß. Das vom Wohnort zum Tagungsort bezahlte Fahrgehalt hin und zurück gilt als Bargeld. Die Delegierten deren Fahrgehalt weniger als 5 RM beträgt, zahlen den Restbetrag in bar an die Kasse. Diejenigen, deren Fahrgehalt mehr als 5 RM beträgt, erhalten den Restbetrag über 5 RM. aus der Bezirkskasse.

Anträge zum Parteitag können schriftlich bis zum 25. Juni an die Bezirksleitung gerichtet werden.

Im übrigen verweisen wir die Ortsgruppenleitungen auf das Rundschreiben vom 28. Mai, das konkrete Angaben enthält. Bezirksleitung Schlesien der SPD  
gez.: Seppel

Die Ortsgruppen, welche bisher der Bezirksleitung die Mitgliedsbücher zur Kontrolle noch nicht geschickt haben, werden ersucht, dies sofort nachzuholen. Die Bezirksleitung.

## Genosse, überlege!

Jede Zeitung, die Du einem Arbeiter gibst, bedeutet für ihn ein Mehr an Staupflicht in die Notwendigkeiten der Gegenwart, ein Mehr an Willen zum Kampf um die Lebensinteressen aller Arbeiter. — Die einheitliche Kampffront wird nicht mit einem Hauberpflog hergestellt, sie wird in zäher Arbeit aufgebracht.

### Ein Nachspiel zum Waldenburger Stadtbankstandal

Waldenburg, 23. Juni.

Bei etwa 8 Tausend Reichsmark nur ausführlich über den Finanzstandal der Stadt Waldenburg. 1 1/2 Millionen waren ohne Genehmigung des Verwaltungsrates der Stadt mit pflichtlich verschwunden. Nach langem Suchen „entdeckt“ man die

Weder als Darlehen für mehrere Privatbanken. Der gesamte Magistrat der Stadt Waldenburg war natürlich kompromittiert. Dann selbst Magistratsmitglieder beteiligten sich an den Schiebereien und erhielten dafür Aktien.

Die Herrschaft, auch eine Darlehensempfängerin, läßt nun mitteilen, nachdem sie an dem 300 000 Mark Darlehen ordentlich beteiligt hat, daß sie bereit ist, einen Teil der Summe der Stadtbank zurückzahlen.

### Aus aller Welt

Das Neapeler Museum in Gefahr. Das Auftreten von schweren Rissen in den Mauern des Neapeler Nationalmuseums hat zu großen Beunruhigungen Anlaß gegeben und die italienische Regierung bewogen, sofort eine größere Summe für Wiederherstellungsarbeiten auszuwerfen. Die Risse sind verursacht durch den Tunnel der Eisenbahnlinie Neapel-Rom, der einige Meter unter dem Gebäude vorbeizieht. Der südöstliche Flügel des Museums ist geschlossen worden, und die große Halle, wo sich der farnesische Herkules und die berühmte Gruppe des farnesischen Silens befindet, ist besonders durch die Risse bedroht. Wenn nicht sofortige Hilfe kommt, fürchtet man für die hier verwahrten antiken Schätze, die zu den kostbarsten der Welt gehören.

Eine Großfunktion in Angola. Das Kommissariat für Post- und Telegraphenwesen der Türkei hat beschlossen, in Angola eine Großfunktion zu errichten. Um die Baukosten zu haben, hat deutsche, englische, amerikanische, französische und russische Gesellschaften beworben. Von unterrichteter Seite veranlaßt, hat eine deutsche Gesellschaft das beste Angebot auf Erhalt der Koncession abgegeben.

Japanischer Flug Tokio-Paris. Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur hat der für Anfang Juli geplante Flug japanischer Flieger von Tokio nach Paris über Moskau früher begonnen, da die Japaner unterwegs die Luftexpedition Moskau-Mongolei-China begrüßen wollen. Die Expedition hat heute Abbruch genommen in der Richtung auf Schluß verlassen.

Bilderdiebstahl. In der Nacht vom 16. zum 17. Juni sind aus den Räumen der städtischen Gemäldegalerie zu Königsberg in Preußen acht Gemälde im Werte von 50 000 Mark durch Einbruch entwendet worden. Der Dieb hat die Gemälde aus den Rahmen herausgenommen. Es sind dies: Oskar der Leiermann, Degas; Lustige Unterhaltung, Wilhelm Diez; Das Berber, A. Kaufmann; Die Unterhaltung in der Gewandhütte, Waldmüller; Sonntag Nachmittag, Pissarro; Der Dorfweiger, Louis Corchia; Bildnis der Frau Kommerzienrat Simon, Willi Schwab; Panzer geschwader. Von der Stadt ist eine Belohnung von 1000 Mark für die Wiederherlangung der Bilder ausgesetzt worden.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz  
Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau.  
Verlag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.  
Druck: Weibag-Berlin, Erudereifabrik Breslau.

Vom 14. bis 28. Juni

# Johannistfest

mit Hagenbecks Singhalesenschau

## Heute zum Johannistag

# Johannisfeuer!

**Riesenprachffeuwerk**  
ausgeführt von den Pyrotechnikern des Luna-Park Berlin

**Freiballonaufstieg**  
mit Elvira Wilson und akrobatische Künste am Freiballon

## Größter Elitetag!

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf. — Kinder 20 Pf.

Dauerkarten bei Gebr. Barasch zu herabgesetzten Preisen: Erwachsene nur 1 Mark — Kinder nur 25 Pf.

Geschlossen geführte Schulen zahlen pro Kind 30 Pf. zum Eintritt für den Festplatz und zu Hagenbecks Völkerschau

### Liebig-Theater

Monat Juni 1925  
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr

**Gastspiel**  
**Hartstein**  
und Gesellschaft  
Der unverwundliche  
Solchenschnapf

**Der Stolz - 3. Kompagnie**  
Wolter über 2000 mal aufgeführt!

Gez.:  
Doris und Gena  
Die Gaudy-Gesellschaft

Herrmann Meßner  
Komiker

Hilary's Circus  
Internationaler Zirkus

Tanzspielplatz Künste u. Wunderszenen  
mit Licht und  
Witzig Drive  
Sprengel-Gesellschaft

„Die goldene Ephe“  
Kunst und Musik

Wenig oder Nichts?  
Die neue Große Komik

Größte Eismarkt

### Schauspielhaus

Operettenbühne  
Tel. Ring 2545.

Genie 8 Uhr  
und täglich:

**„Hannelore von  
Jehan“**

Operette

**„Hannelore von  
Jehan“**

Operette

**„Hannelore von  
Jehan“**

Operette

**„Hannelore von  
Jehan“**

Operette

**„Hannelore von  
Jehan“**

### Versammlungskalender.

Am 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 16. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 19. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

### Wir empfehlen unsere

**„Sinddruckerei“**

zur Anfertigung und billigen  
Fertigstellung von

Plakaten  
Briefbogen  
Rechnungen  
Flugblättern  
Programmen  
Eintrittskarten

und alle anderen Druckarbeiten

**PEUVAG**  
Papier-Druckerei- und  
Verlags-Gesellschaft  
Berlin

**Städt. Druckerei**  
Trebnitzer Straße Nr. 50

Am 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

### Togal gegen Schmerzen!

der Nerven, Rheuma, Gicht, Lähmung,  
Hexenschuß, Kopfschmerzen.

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus  
Mensch exprobiert! Hervorragend bewährt! — Fragen Sie  
Ihren Arzt. — In allen Apotheken erhältlich.  
120: Lith. 0.40, Chmin. 7.3, Acid. aceti. salic. ad 100 Amyl.

### Magerkeit wirkt unschön

Schöne  
volle Körperformen  
durch unser

„Hegro-Kraftpulver“  
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund  
Zunahme. Garantiert un-  
schädlich. Ärztlich empfohlen.  
Sireng reell! Viele Dank-  
schreiben. Preis Karton mit  
Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Irm. Schmidtstr. 3  
Hygiea-Apotheke, Tautzienstr. Nr. 91

Am 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.

Am 28. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schauspielhaus, um die Angelegenheiten der Stadtverwaltung zu besprechen. Die Besprechung beginnt um 7 1/2 Uhr und dauert bis 9 1/2 Uhr.







